

Im Kreis arbeiten Flüchtlinge bereits

Christian Herrgott, Landrat des Saale-Orla-Kreises, schlägt mit seinen Aussagen zu Asylbewerbern in den Medien bundesweit hohe Wellen. Der Grund: Er will Flüchtlinge zu gemeinnütziger Arbeit verpflichten. In der Ortenau ist das derweil längst gängige Praxis.

■ Von Marco Armbruster

ORTENAU. Eine gute Woche ist es her, dass der frisch gewählte Landrat Christian Herrgott bei Markus Lanz im ZDF sein Vorhaben schilderte. Grundlage ist eine entsprechende Regelung im Asylbewerberleistungsgesetz. Die Flüchtlinge sollen für 80 Cent Entlohnung pro Stunde einfache Arbeiten erledigen. Weigern sie sich, drohen Geldkürzungen von bis zu 180 Euro im Monat.

Seit dem Fernsehauftritt berichteten zahlreiche Medien über die Pläne des CDU-Politikers im ostthüringischen Saale-Orla-Kreis. „Erster Landrat verdonnert Flüchtlinge zur Arbeit“ titelte gar eine bundesweite Boulevardzeitung diese Woche. Dabei ist, was nun bundesweit mediale Aufmerksamkeit gesorgt hatte, im Ortenaukreis bereits ein alter Hut.

Asylbewerber arbeiten in der Ortenau seit Jahren mit

Erst im vergangenen Sommer hatte sich Landrat Frank Scherer gemeinsam mit seinen baden-württembergischen

Amtskollegen sogar für eine Ausweitung der Arbeitspflicht für Asylbewerber eingesetzt. Unsere Redaktion hatte im August berichtet. Zu dem Zeitpunkt waren rund 90 Flüchtlinge in Unterkünften des Kreises stundenweise für Hausmeisterarbeiten herangezogen worden.

Dazu, ob nun Herrgott oder Scherer früher dran waren mit



Höfe fegen, Müll aufsammeln, Hecken schneiden oder putzen – bereits seit Jahren werden in der Ortenau Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften für gemeinnützige Arbeiten herangezogen.

Foto: dpa/Wolfram Kastl

der Umsetzung der Arbeitspflicht, wollte sich die Kreisverwaltung nicht konkret erklären. Allerdings: „Bei uns jedenfalls arbeiten die in der vorläufigen Unterbringung des Ortenaukreises lebenden Menschen schon seit vielen Jahren im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten in unseren Gemeinschaftsunterkünften mit“, erläuterte Kreissprecher Kai Hockenjos

gegenüber unserer Redaktion. So seien es aktuell 70 Menschen, die solche Tätigkeiten wahrnehmen. Sie helfen beispielsweise bei der Pflege des Geländes mit – etwa beim Fegen der Außenflächen oder Müllaufsammeln –, übernehmen Grünschnittarbeiten, die Müllversorgung und -sortierung oder Reinigungstätigkeiten. Manche unterstützen Hausmeister oder den Sozialdienst, etwa als Dolmetscher, die andere Bewohner zu Terminen begleiten. Sie erhalten – so im Asylbewerberleistungsgesetz geregelt – 80 Cent pro Stunde.

Aktuell leben rund 2000 Menschen in den Unterkünften des Kreises, davon gehen laut Verwaltung mehr als 370 einer Beschäftigung nach. Darunter befinden sich jedoch auch 500 Kinder und Jugendliche, also rund ein Viertel, die keiner Arbeit nachgehen können. Dazu kommen viele Mütter, die aufgrund fehlender Betreuungsmöglichkeiten sich um ihre Kinder kümmern müssen und so

auch nicht arbeiten gehen können. Wer arbeiten kann aber keinen regulären Job findet, kann herangezogen werden.

„Wir werden die Arbeiten auch auf weitere gemeinnützige Aktivitäten demnächst ausweiten“, kündigte Kreissprecher Hockenjos zudem an. Die internen Vorbereitungen dazu stünden kurz vor dem Abschluss. Konkreter wollte er jedoch nicht werden. „Ich möchte dem Konzept der Kollegen nicht vorgreifen“, so Hockenjos.

Flüchtlinge sollen bald breiter eingesetzt werden

„Wir machen das, weil Landrat Frank Scherer in der Vergangenheit wiederholt betont hat, dass jene Asylbewerber, die aus verschiedenen Gründen keiner regulären Tätigkeit nachgehen können, sich zum Wohle der Allgemeinheit einbringen sollen“, erläutert der Kreissprecher die Motivation. Scherer habe dabei immer klargemacht, dass Integration keine Einbahnstraße sei und die Wert-

schätzung und Akzeptanz in der aufnehmenden Bevölkerung steigt, wenn Zuwanderer sich sinnvoll ins Gemeinwohl einbringen würden.

Wieso gerade Herrgotts Plan solche Wellen schlägt, liegt womöglich daran, dass er sich Ende Januar bei der Stichwahl des Landrats gegen einen AfD-Kandidaten durchgesetzt hatte.

Arbeitslaubnis

Die Asylbewerber, die in der vorläufigen Unterbringung des Kreises ankommen, dürfen nach drei Monaten Aufenthalt im Bundesgebiet mit Genehmigung durch die Ausländerbehörde arbeiten. Ausgenommen sind Menschen aus sicheren Herkunftsländern. Es braucht auch die Zustimmung der Arbeitsagentur, die die Arbeitsbedingungen prüft. Sind die in Ordnung, wird aufgrund des Fachkräftemangels in der Regel jede Beschäftigung gestattet.



Christian Herrgott – hier noch beim Wahlkampf um das Amt des Landrats des Saale-Orla-Kreises – sorgte mit seiner Ankündigung, Flüchtlinge in die Pflicht zu nehmen, für Wirbel.

Foto: Schackow

6,7 Millionen für die Ortenau

Das Land fördert 82 Projekte von Kommunen, Privatpersonen und Firmen in 22 Orten im Kreis über das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum.

ORTENAU. Mehr als 6,7 Millionen Euro an Fördergeldern fließen im Rahmen der diesjährigen Programmumschichtung des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR) in den Ortenaukreis. Das hat Peter Hauk, Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, am Freitag in Stuttgart bekanntgegeben. Mit dieser Summe werden Investitionen in Höhe von über 46 Millionen Euro ausgelöst, informiert das Landratsamt.

„Mit mehr als 80 geförderten Einzelprojekten erzielen wir ein ganz hervorragendes Ergebnis und erhalten erneut eine großartige Fördersumme, die unserem Ländlichen Raum einen or-

dentlichen Schub geben wird. Ich gratuliere allen Projektteilnehmern sowie unseren Städten und Gemeinden sehr herzlich und bin mir sicher, dass sie mit diesen Fördermitteln neue Impulse setzen und unsere Region weiter voranbringen werden“, so Landrat Frank Scherer.

Friesenheim gehört zu den Schwerpunktgemeinden

98 Förderanträge gingen 2023 im Ortenaukreis ein, davon wurden 82 förderfähige Projekte bewilligt. Dies sind vier kommunale, 64 private und 14 gewerbliche Projekte. Die Mittel fließen in strukturschwache Städte und Gemeinden, die aufgrund ihrer Lage und Fi-

nanzkraft als benachteiligt betrachtet werden. Besonderen Wert wird auf die Bereiche Wohnen und Grundversorgung gelegt. Eine Sonderstellung haben die Schwerpunktgemeinden Durbach, Friesenheim und Hornberg. Die gesamten Projekte werden vorrangig platziert, soweit sie den Zielen des Entwicklungskonzeptes dienen. Die ELR-Förderung wird als Kofinanzierung geleistet und setzt eine Eigenbeteiligung von rund 70 bis 90 Prozent der Antragsteller voraus.

In Friesenheim werden 15 Projekte mit insgesamt 760 000 Euro gefördert. In der Rohanstadt Ettenheim profi-



Nach Friesenheim fließen dieses Jahr rund 760 000 Euro an Fördergeldern für insgesamt 15 Projekte.

Archivfoto: Bohnert-Seidel

tieren zwei Projekte von insgesamt rund 76 000 Euro. Nach Steinach ins Kinzigtal fließen 660 000 Euro für fünf Projekte. Hausacher Vorhaben profitieren von einer Finanzspritze in Höhe von insgesamt rund 440 000 Euro. Das Dezernat Ländlicher Raum im Landrats-

amt berät bei der Antragsformulierung und gibt Tipps zu wichtigen Details, teilt das Landratsamt mit. In einem Koordinierungsausschuss werden die Anträge bewertet, priorisiert und dem Ministerium Ländlicher Raum zur Entscheidung vorgelegt.

red/ma

Kind wird schwer verletzt

OPPENAU. Ein tragischer Unfall hat sich am Freitagnachmittag in Oppenau ereignet: Gegen 15.15 Uhr wurde ein Kind in der Schwarzwaldstraße von einem Auto erfasst und schwer verletzt. Beamte des Polizeipostens Oppenau trafen kurz danach an der Unfallstelle in der Schwarzwaldstraße ein. Ersten Erkenntnissen zu Folge versuchte ein elfjähriges Kind die Straße mit einem Tretroller an einer dortigen Querungshilfe zu überqueren, als es von einem Fahrzeug erfasst wurde, das nicht mehr rechtzeitig bremsen konnte, teilt die Polizei mit. Durch den Rettungsdienst erstversorgt, wurde das Kind zur weiteren medizinischen Versorgung seiner Verletzungen in eine Klinik gebracht. Die Polizei hat die Ermittlungen zum Unfallhergang aufgenommen.

red/ma

Kadaver geben Rätsel auf

SASBACH. Zwei im Sasbach-Flutkanal gefundene Tierkadaver beschäftigten seit Donnerstagnachmittag die Polizei. Passanten machten die Ordnungshüter auf die gehäuteten und kopflosen Körper aufmerksam, teilt die Polizei mit. Die Kadaver wurden von Gemeindefacharbeitern geborgen und an die Beamten des Fachbereichs „Gewerbe und Umwelt“ des Polizeipräsidiums Offenburg übergeben. Um welche Tiere es sich bei den etwa hundegroßen Kadavern handelt und welche möglicherweise strafbaren Handlungen dem Auffinden vorangingen, ist Gegenstand der Ermittlungen.

red/ma

Grundlagen auf Englisch

KEHL. Die ukrainische Gastdozentin Oksana Lozovenko bietet die Grundlagenfächer Mathematik und Physik für Bachelor-Studenten der Hochschule Offenburg nun auch in Englisch an. Die Hochschule verfügt bereits seit vielen Jahren über englischsprachige Master-Studiengänge. Um auch Bachelor-Studenten den Einstieg in die internationale Ingenieurfachsprache zu ermöglichen, werden diesen im Sommersemester 2024 erstmals Mathematik- und Physik-Vorlesungen und -Übungen, ein Brückenkurs Physik sowie ein Physik-Labor auf Englisch angeboten, teilt die Hochschule Offenburg mit. So können die Studenten der technikorientierten Studiengänge Maschinenbau und Biomechanik sowie des Einstiegssemesters Starting gleich zu Studienbeginn die für die Teilnahme am internationalen wissenschaftlichen Diskurs und an forschungsrelevanten Spezialvorlesungen notwendigen Sprachkompetenzen erwerben.

red/ma

Redaktion

Ortenaukreis
Telefon: 07821/2783-148
Telefax: 07821/2783-150
E-Mail: kreisredaktion@lahrzeitung.de